

Zeitschriftenartikel:

Begutachtet

Redaktion und Begutachtung:

Patricia Blume 

Universität Leipzig

Kai Matuszkiewicz 

Philipps-Universität Marburg / Institut für Medienwissenschaft

Marcel Wrzesinski 

Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft

Erhalten: 20. Dezember 2024

Akzeptiert: 08. Dezember 2025

Publiziert: 02. März 2026

Lizenz:

© Kathrin Ganz

Dieses Werk steht unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC-BY 4.0)



Autor*innenbeiträge:

Kathrin Ganz ist die Autorin des vorliegenden Beitrags.

Datenverfügbarkeit:

Die in Abbildung 1 dargestellten Daten stammen aus OpenAlex (<https://openalex.org>) und sind dort frei zugänglich. Darüber hinaus wurden keine weiteren Daten verwendet.

Finanzierung:

Diese Arbeit erhielt keine spezifische Förderung durch öffentliche, kommerzielle oder gemeinnützige Finanzierungsträger.

Interessenskonfliktstatement:

Es liegen keine Interessenkonflikte vor.

Empfohlene Zitierung:

Ganz, K. (2026). Digitale Souveränität in der Wissenschaft: Perspektivierungen eines Begriffs für das wissenschaftsgeleitete Publizieren. *kommunikation@gesellschaft*, 26(1), doi: 10.15460/kommges.2025.26.1.1627

Digitale Souveränität

Zur politischen Dimension von Publikationsinfrastrukturen in der Hand der Wissenschaft

Kathrin Ganz^{a*} 

^aFreie Universität Berlin, Margherita-von-Brentano-Zentrum

*Korrespondenz: kathrin.ganz@fu-berlin.de

Abstract

Digitale Souveränität ist ein konzeptionell offener Begriff der Digitalpolitik, der Fragen der Regulierung und Kontrolle von digitalen Daten und Infrastrukturen adressiert und dabei den Staat als Akteur rezentriert. Im Wissenschaftssystem wird digitale Souveränität unter anderem im Feld der Informations- und Publikationsinfrastrukturen aufgegriffen. Angesichts von Kostensteigerungen, steigenden Publikationszahlen und dem Wandel der großen Wissenschaftsverlage zu datengetriebenen Geschäftsmodellen wird dort vermehrt darüber nachgedacht, wissenschaftliche Publikationsinfrastrukturen in öffentlicher Hand zu nutzen, um Forschungsergebnisse frei zugänglich zu publizieren. Der Beitrag entwickelt eine hegemonietheoretische Lesart von digitaler Souveränität, die die damit verbundenen Auseinandersetzungen nicht als rein technische oder verwaltungspolitische Prozesse versteht, sondern als hegemoniale Kämpfe um die Kontrolle wissenschaftlicher Öffentlichkeiten. Im Zentrum steht die Analyse des Spannungsverhältnisses zwischen wissenschaftlicher Autonomie und staatlicher Steuerung, das im Zuge der Reorganisation digitaler Publikationsinfrastrukturen greifbar wird. Der Beitrag plädiert für eine machtkritische Perspektive auf digitale Souveränität, die Fragen der institutionellen Einbettung und politischen Einflussnahme ernst nimmt und die Bedingungen für eine demokratisch legitimierte, communitybasierte Infrastrukturpolitik reflektiert.

Schlagworte: Open Access, Digitale Souveränität, Wissenschaft, Demokratie, Publizieren

1 Einleitung

Das wissenschaftliche Publizieren hat sich in den letzten Jahrzehnten tiefgreifend gewandelt: Es ist digital geworden, zu großen Teilen offen zugänglich und finanziell neu organisiert. Subskriptionsmodelle verlieren gegenüber Publikationsgebühren und komplexen Transformationsvereinbarungen an Bedeutung (European University Association, 2025; Haustein et al., 2024). Gleichzeitig entwickeln sich publikationsstarke Wissenschaftsverlage zu datengetriebenen Plattforminfrastrukturen, die auch das Verhalten von Nutzer:innen systematisch erfassen. Kritiker:innen sehen darin eine Einschränkung der informationellen Selbstbestimmung von Wissenschaftler:innen (Siems, 2022) und befürchten, dass die gesammelten Daten in proprietäre Dienstleistungen fließen, die das Wissenschaftssystem zusätzlich finanziell belasten und zu Fehlanreizen führen (Ausschuss für Wissenschaftliche Bibliotheken und Informationssysteme, 2021).

Als Reaktion darauf gewinnen wissenschaftsgeleitete Publikationsinfrastrukturen in öffentlicher Hand europaweit an Aufmerksamkeit. Sie gelten als mögliche Alternative, um zwei zentrale Probleme zugleich anzugehen: die hohen Kosten und das undurchsichtige Datentracking. In wissenschaftspolitischen Strategiepapieren wird diese Reorganisationsidee zunehmend mit dem Konzept der digitalen Souveränität verknüpft (Alexander von Humboldt Foundation et al., 2025; DINI e.V., 2024; Wissenschaftsrat, 2023). Publikationsinfrastrukturen in öffentlicher Hand, wie etwa Repositorien, Journal-Plattformen oder gemeinnützige Universitätsverlage, werden auch von vielen Wissenschaftler:innen, die sich für Open Science und Open Access engagieren, als Lösung gesehen (z.B. Arbeitsgemeinschaft Universitätsverlage, 2018; Bertelmann et al., 2024). Allerdings zeigen jüngste Entwicklungen in den USA, dass ähnliche Überlegungen auch aus illiberalen Beweggründen vorgebracht werden. Im Mai 2025 kündigte US-Gesundheitsminister Robert F. Kennedy Jr. in einem Podcast an, „dass öffentlich geförderte Forschungsvorhaben künftig nicht mehr in medizinischen Fachzeitschriften publiziert werden sollen, sondern in regierungseigenen Journalen“ (Berndt, 2025). Bereits in den ersten Monaten der zweiten Amtszeit Donald Trumps kam es zu tiefgreifenden Eingriffen in die Wissenschaftsfreiheit (für eine Sammlung aus Open-Access-Perspektive siehe Suber, 2025). Die aktuelle Wissenschaftspolitik der Trump-Administration zielt jedoch gerade nicht auf eine Stärkung wissenschaftlicher Autonomie, sondern auf die Ausweitung staatlicher Verfügungsgewalt über die Wissenschaft durch die Kontrolle wissenschaftlicher Publikationen.

In diesem Beitrag dient das Konzept der digitalen Souveränität als theoretisches Analyseinstrument, um die Debatte darüber, das wissenschaftliche Publizieren zurück in die Hände der Wissenschaft zu holen, im Spannungsfeld von wissenschaftlicher Autonomie und staatlicher Steuerung zu untersuchen. Digitale Souveränität ist seit etwa zehn Jahren ein zentraler Begriff digitalpolitischer Debatten. Er wird in politischen Statements (z.B. Voss, 2020) und Strategien aufgegriffen, so etwa von der Europäischen Kommission im Rahmen ihrer Prioritäten 2019–2024 (European Commission, 2020) oder in der Digitalstrategie der letzten Bundesregierung, die digitale Souveränität in Deutschland zum „Leitmotiv der Digital- und Innovationspolitik“ erklärt hatte (Bundesregierung, 2022). Auf konzeptioneller Ebene ist digitale Souveränität

jedoch bedeutungs offen und umkämpft (Pohle & Thiel, 2020; Wissenschaftsrat, 2023, S. 9).

Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht die Frage, wie sich wissenschaftsgeleitete Publikationsinfrastrukturen verändern, wenn sie über ihren bisherigen randständigen Status hinauswachsen, als modellhaft wahrgenommen und damit stärker in politische Steuerungslogiken eingebunden werden. Dabei gehe ich davon aus, dass die vorläufige Unbestimmtheit von digitaler Souveränität *not a bug, but a feature* ist. Digitale Souveränität ist ein ambivalenter Begriff, der zwischen technopolitischer Steuerung und demokratischem Selbstanspruch changiert. Was darunter verstanden wird, ist Gegenstand hegemonialer Aushandlungsprozesse.

Der Beitrag gliedert sich wie folgt: Im ersten Schritt stelle ich dar, wie das Konzept digitale Souveränität aktuell im Kontext des Wissenschaftssystems verwendet wird, wobei mein Fokus auf Publikationsinfrastrukturen für die Wissenschaft liegt. Im folgenden Abschnitt untersuche ich erstens, wie sich digitale Souveränität als digitalpolitisches Konzept entwickelt hat und stelle zweitens ein theoretisches Verständnis von digitaler Souveränität als leerem Signifikant in der Digitalpolitik vor. Daran anknüpfend entwickelt der Beitrag eine Analyse von Spannungsverhältnissen und konkurrierenden Interessen, die sich im Umgang mit digitaler Souveränität im Kontext des wissenschaftlichen Publizierens zeigen. Im Fazit werden die zentralen Argumente zusammengeführt und Perspektiven für ein radikaldemokratisches Verständnis digitaler Souveränität in der Wissenschaft skizziert.

2 Digitale Souveränität in der Wissenschaft

Innerhalb des Wissenschaftssystems werden mit dem Konzept digitale Souveränität Fragen adressiert, die sich auf die Kontrolle digitaler Forschungs-, Informations- und Verwaltungsinfrastrukturen beziehen. Im Folgenden wird zunächst umrissen, welche Bedeutungen der Begriff im wissenschaftlichen Kontext angenommen hat und wie er aktuell im Feld der Publikationsinfrastrukturen aufgegriffen wird.

2.1 Digitale Souveränität als Bedingung von Wissenschaftsfreiheit

Digitale Souveränität in der Wissenschaft bezeichnet die Fähigkeit von Forschungseinrichtungen und Wissenschaftler*innen, im digitalen Raum unabhängig agieren und entscheiden zu können. Sie gilt als grundlegende Voraussetzung für freie Forschung und Lehre. Die „Gestaltung des Digitalen Raums“ (Wissenschaftsrat, 2023, S. 8) wird dabei nicht nur als Schlüssel zur erfolgreichen digitalen Transformation des Hochschul- und Wissenschaftssystems verstanden, sondern auch als elementar für den Schutz wissenschaftlicher Freiheit (Institute for Information Law, 2023, S. 35ff). Dies bezieht sowohl die Ebene individueller Akteur*innen ein, also Forschende und Lehrende, als auch die Organisationsebene der Wissenschaftseinrichtungen (ebd.). Der Wissenschaftsrat formuliert die damit verbundene Problemstellung wie folgt:

„Forschende, Lehrende und Wissenschaftseinrichtungen brauchen im digitalen Raum ausreichend Selbstbestimmung und Handlungsfreiheit.

Dies betrifft etwa den Zugang zu digitalen Diensten, Infrastrukturen und Daten, die Überprüfbarkeit wissenschaftlicher Ergebnisse oder den Schutz vor Cyberangriffen [...]. Andernfalls geraten wesentliche Rahmenbedingungen und Grundprinzipien wissenschaftlichen und wissenschaftsnahen Arbeitens in Gefahr.“ (Wissenschaftsrat, 2023, S. 6).

In der Debatte um digitale Souveränität in der Wissenschaft wird eine Reihe von strukturellen Herausforderungen benannt. Als Risiken gelten etwa die zunehmende Abhängigkeit von marktbeherrschenden Anbieter:innen digitaler Technologien und Dienstleistungen und damit verbunden Lock-In-Effekte und Kostensteigerungen. Damit verknüpft wird die Befürchtung formuliert, dass Dateninfrastrukturen und die darin enthaltenen Daten in den Händen von Unternehmen konzentriert und privatisiert werden. Darin liege zum einen eine Gefahr für die individuelle Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung (Fiebig et al., 2022). Zum anderen geht es aber auch um das Risiko, dass private Unternehmen auf Grundlage der Daten Erkenntnisse aus dem Wissenschaftssystem gewinnen und monetarisieren könnten, wodurch das Wissenschaftssystem ein weiteres Aktionsfeld des „Überwachungskapitalismus“ (Zuboff, 2019) werde, auf dem wissenschaftliches Arbeiten zum Rohstoff digitaler Verwertungspraktiken wird (Siems, 2022, S. 16).

Vor diesem Hintergrund sprechen sich wissenschaftspolitische Akteur:innen dafür aus, die digitale Souveränität der Wissenschaft gezielt zu stärken. In einer entsprechenden Empfehlung des Wissenschaftsrates werden etwa Forderungen nach der Ermöglichung der „digitale[n] Selbstbefähigung von Wissenschaftseinrichtungen“ (Wissenschaftsrat, 2023, S. 35) auf Leitungs- und Personalebene erhoben, die durch die Einsetzung von *Chief Information Officers* und klare Verantwortungsstrukturen verbessert werden soll (ebd.). Für digitale Angebote schlägt der Wissenschaftsrat „definierte Mindeststandards für Pluralität und Offenheit“ (Wissenschaftsrat, 2023, S. 7) vor. Besonders innovative Potenziale sieht der Wissenschaftsrat diesbezüglich in „öffentlich geförderte[n] Infrastrukturen und Plattformen, wie NFDI und EOSC“ (Wissenschaftsrat, 2023, S. 7) und in Open-Source-Lösungen, zu denen jedoch nicht pauschal geraten wird (Wissenschaftsrat, 2023, S. 8). Der Wissenschaftsrat vertritt eine pragmatische Position: Obwohl damit die oben beschriebenen Risiken in verstärktem Maße verbunden sind, gelten proprietäre Anwendungen aus dem Business-Bereich offenbar in vielen Teilen als unverzichtbar. In ähnlicher Weise argumentiert auch die Deutsche Initiative für Netzwerkinformation (DINI e.V., 2024) in einem mit „Wissenschaftliche Informationsinfrastrukturen der Zukunft“ betitelten Thesenpapier. Dort wird digitale Souveränität in einem Spannungsfeld zwischen Offenheit und Informationssicherheit verortet, in dem sich das Wissenschaftssystem zunächst Handlungsoptionen erarbeiten müsse (DINI e.V., 2024, S. 11). Im Folgenden werde ich zeigen, wie der Begriff digitale Souveränität mittlerweile in der Debatte um Informations- und Publikationsinfrastrukturen aufgegriffen wird.

2.2 Publikationsinfrastrukturen als Feld digitaler Souveränität

Wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen sind „technisch und organisatorisch vernetzte Dienste und Angebote für den Zugang zu und die

Erhaltung von Daten-, Informations- und Wissensbeständen“ (Rat für Informationsinfrastrukturen, 2016, S. A–15), die Forschungszwecken dienen, häufig Forschungsgegenstand seien und stets eine ermöglichende Funktion haben (ebd.). In einem Diskussionspapier schlägt die Deutsche Forschungsgemeinschaft vor, diese Definition um den Gedanken zu erweitern, dass Informationsinfrastrukturen „einen wichtigen Beitrag zur digitalen Souveränität der Forschung leisten“ (Deutsche Forschungsgemeinschaft, 2025, S. 7) können. Auch in der Debatte um wissenschaftliches Publizieren lässt sich aktuell beobachten, dass das Thema Infrastruktur vermehrt mit digitaler Souveränität verknüpft wird. Überlegungen zu digitaler Souveränität finden sich etwa in den „Thesen zur Zukunft des wissenschaftsgeleiteten Open-Access-Publizierens“ von Pampel et al. (2024) an prominenter Stelle. Gleich in der ersten These heißt es, dass eine großangelegte, strategische Unterstützung wissenschaftsgeleiteter Publikationsinfrastrukturen „die digitale Souveränität in der Wissenschaft stärken“ (Pampel et al., 2024) könne.

Die Forderung nach einer Neuausrichtung wissenschaftlicher Publikationsinfrastrukturen in Einklang mit den Werten des Wissenschaftssystems bezieht sich im Wesentlichen auf zwei Themen: die Entwicklungen der Kosten für das wissenschaftliche Publizieren und Science Tracking. In beiden Fällen stehen die Geschäftspraktiken großer Verlagskonzerne im Mittelpunkt der Kritik. Das Kostenargument lässt sich mithilfe eines kürzlich erschienenen Briefings der European University Association wie folgt zusammenfassen: Weltweit wachse sowohl die Anzahl wissenschaftlicher Publikationen als auch der Anteil an Open-Access-Publikationen sowie das Marktvolumen insgesamt. Interessant ist, dass die Ausgaben für *Article Processing Charges* (APC) sowohl im Vergleich zu den Gesamtausgaben als auch im Vergleich zum Marktanteil von Open Access überproportional steigen. Allein zwischen 2019 und 2023 haben sie sich nahezu verdreifacht (European University Association, 2025, S. 5; Haustein et al., 2024). Mehr denn je sei das Publikationssystem von Verlagskonzernen mit Oligopolstellung geprägt, die ihrerseits einen Anteil an der Schaffung hyperkompetitiver Publikationspraxen haben. Die hohen Erwartungen an die Open-Access-Transformation seien diesbezüglich enttäuscht worden:

„Initial hopes that Open Access would reduce the costs of scholarly publishing and diminish the influence of these large publishing groups have largely been unmet. These major commercial players have actually reinforced their position, acquiring smaller competitors or driving them out of the market. Although designed to enable legacy publishers to switch to Open Access, transformative agreements have largely strengthened commercial publishers’ power without achieving widespread, cost-effective Open Access journals.“ (European University Association, 2025, S. 6).

Als Konsequenz schlägt die European University Association (2025) eine Neuausrichtung vor: Weg von teuren Transformationsverträgen, hin zu institutionellen Publikationsinfrastrukturen (ebd.) und damit verbunden zum Diamond-Open-Access-Modell (ebd., S. 10). Dieses Modell, bei dem Publikationsprojekte direkt finanziert werden, so dass Publikationen sowohl für Leser:innen als auch für Autor:innen kostenfrei sind, verspricht ein

Lösungsansatz in Bezug auf die Kostensteigerungen zu sein (ebd.).¹

Das zweite Argument bezieht sich ebenfalls auf eine Praxis großer Verlagskonzerne, die in den letzten Jahren vermehrt in die Kritik geraten ist. Beim sogenannten *Science Tracking* handelt es sich um eine spezifische Spielart des in Abschnitt 2.1 beschriebenen Überwachungskapitalismus (Zuboff, 2019) in der Wissenschaft. Verlagskonzerne haben ihr Geschäftsfeld in den letzten Jahren in Richtung von Datenunternehmen verlagert. Sie verkaufen nicht mehr in erster Linie die Möglichkeit, wissenschaftliche Ergebnisse zu kommunizieren, sondern erheben, verarbeiten und verkaufen Daten. Das umfasst Publikationsmetadaten und alle Arten von Nutzungsdaten, die auf den Verlagswebsites direkt anfallen, sowie das Internetnutzungsverhalten von Forschenden, sofern diese entsprechende Browser-Cookies zulassen. Außerdem bieten die Konzerne proprietäre Software zur Organisation von Forschung an, die ebenfalls interessante Daten liefert. Auf institutioneller Ebene stellen proprietäre Bibliothekssoftware und Forschungsinformationssysteme auf die Bedarfe der Einrichtungen und Forschungsförderern zugeschnittene Services bereit, sammeln aber zugleich wertvolle Daten, die zu wertvollen Informationen weiterverarbeitet werden können (Ausschuss für Wissenschaftliche Bibliotheken und Informationssysteme, 2021; Herb, 2018; Siems, 2022). Es entstehen Produkte mit „dirigistischen Funktionalitäten“ (Herb, 2018), die Forschende, Wissenschaftsorganisationen und Forschungsförderer bei der Allokation von Ressourcen helfen, aber auch starke Abhängigkeiten erzeugen. Diese werden von der European University Association als Kontroll- und Autonomieverlust der Wissenschaft beschrieben (European University Association, 2025, S. 7).

Das Ziel der Open-Access-Bewegung, wissenschaftliches Wissen offen, transparent und gemeinschaftlich zugänglich zu machen, kollidiert zunehmend mit der Realität von kommerziell betriebenen digitalen Verlagsinfrastrukturen. Open Access trage an dieser Entwicklung nicht die Schuld, argumentiert Renke Siems. Es befördere sie aber möglicherweise, da die Zugänglichkeit der Daten auch die Verknüpfung über einzelne Unternehmen hinaus ermögliche (Siems, 2022, S. 12) und für sich genommen keine Lösung darstelle, „jedenfalls solange die Publikationsinfrastrukturen die bleiben, die sie sind“ (Siems, 2022, S. 11). Wie schon für das Kostenargument beschrieben, wird auch hinsichtlich des Wissenschaftstracking die Hoffnungen geäußert, dass ein neues Open-Access-Modell, bei dem die Publikationsinfrastrukturen in der Hand der Wissenschaft verbleiben, einen Beitrag dazu leisten könnte, der Wissenschaft ihre Autonomie und Kontrolle zurückzugeben. Einen derartigen Paradigmenwechsel anzustreben verlange, so Siems, „sicher auch finanziell zunächst eine Anstrengung – so wie alle Anstrengungen im Kontext digitaler Souveränität“ (Siems, 2022, S. 19).

1 An dieser Stelle sind zwei kritischen Anmerkungen zu Diamond-Open-Access erforderlich: Zum einen fehlt es an definitorischer Klarheit. Diamond Open Access wird häufig als nicht-profitorientiertes Modell beschrieben. Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen weist jedoch darauf hin, dass Publikationsorgane mit Diamond-Modell auch von Verlagen aus dem privaten Sektor verlegt werden. Zudem mache der Begriff an sich noch keine Aussage über damit verbundene Gewinnabsichten (Alexander von Humboldt Foundation et al., 2025, S. 12). Tatsächlich wird bei den mir bekannten Modellen der Diamond-Förderung bislang nicht geprüft, ob im Falle privatwirtschaftlicher Beteiligung durch die Förderung mit der Publikation Gewinne erzielt werden oder nicht. Zum anderen ist fraglich, ob öffentlich finanzierte Infrastrukturen per se kostengünstiger sind als privatwirtschaftlich betriebene. Diese Annahme setzt voraus, dass die Kosten (für Personal, Dienstleistungen, etc.) abgesehen von der Gewinnmarge vergleichbar sind, wovon jedoch nicht notwendigerweise ausgegangen werden kann.

Die hier dargestellten Debatten über Publikationsinfrastrukturen erfahren mittlerweile auch wissenschaftspolitisch zunehmend Aufmerksamkeit. Der Europäische Rat hat sich im Jahr 2023 explizit für die Förderung von nichtgewinnorientierten Open-Access-Publikationsmodellen ausgesprochen (Council of the EU, 2023). Im Frühjahr 2025 startete das europäische Diamond Capacity Hub, das Erkenntnisse aus den Projekten DIAMAS und CRAFT-OA aufgreifen und zur Stärkung dieses Sektors beitragen soll (Müller et al., 2025). Mit Open Research Europe gibt es bereits seit einiger Zeit eine Publikationsplattform für Forschungsergebnisse aus Projekten, die von der Europäischen Kommission gefördert werden. Diese soll in den kommenden Jahren ausgeweitet werden. Damit schließt die Europäische Union an Entwicklungen an, die in Lateinamerika schon weiter fortgeschritten sind (Heredia, 2022).

In Deutschland positionierte sich jüngst die Allianz der Wissenschaftsorganisationen in der Debatte um wissenschaftsgeleitetes Publizieren. In der „Strategie der Allianz für die Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Publikationswesens 2026–2030“ sind sowohl digitale Souveränität als auch die wissenschaftsgeleitete Weiterentwicklung des Publizierens Leitprinzipien, ebenso wie Offenheit, Nachhaltigkeit und Biodiversität. In dem Papier heißt es: „Wissenschaftsgeleitete und qualitätsgesicherte Publikationsinfrastrukturen eröffnen der Wissenschaft neue Möglichkeiten zur Stärkung der digitalen Souveränität. Diese zeigt sich vor allem in der Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Hoheit über Prozesse und Steuerungsmechanismen“ (Alexander von Humboldt Foundation et al., 2025, S. 4). Vor diesem Hintergrund erklärt die Allianz die Etablierung des wissenschaftsgeleiteten Publizierens zum strategischen Schwerpunkt. So sollen Investitionen in diesen Bereich gestärkt und koordiniert werden (ebd., S. 7–9). Zudem sieht das Strategiepapier vor, digitale Souveränität als Bewertungsmaßstab für neue Werkzeuge des wissenschaftlichen Publizierens heranzuziehen, freilich ohne den Begriff zu operationalisieren (ebd., S. 6). Die Allianz positioniert auf diese Weise wissenschaftsgeleitete Publikationsprojekte und Publikationsinfrastrukturen in den Händen wissenschaftlicher Institutionen als wichtige Instrumente für die Sicherung digitaler Souveränität.

Das Konzept der digitalen Souveränität zieht sich leitmotivisch durch die aktuellen Debatten und steht sinnbildlich für das Anliegen, Kontrolle und Autonomie des Wissenschaftssystems zu sichern. So sollen Publikationsplattformen in öffentlicher Hand sicherstellen, dass wissenschaftliche Ergebnisse unabhängig von datengetriebenen Verlagskonzernen publiziert werden können. Doch was genau verbirgt sich hinter dem Begriff der digitalen Souveränität und woher stammt er? Im Folgenden werde ich den digitalpolitischen Hintergrund des Begriffs skizzieren und ihn theoretisch fundieren. Diese begriffliche Klärung bildet die Grundlage für eine anschließende kritische Auseinandersetzung, in der das Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Steuerung und wissenschaftlicher Autonomie im Zentrum steht. Dabei sollen auch zentrale Zukunftsfragen für wissenschaftliche Publikationsinfrastrukturen zur Diskussion gestellt werden.

3 Souveränität in der Digitalpolitik

Um die politischen Implikationen des Begriffs digitale Souveränität besser einordnen zu können, lohnt ein Blick auf seinen Ursprung und seine Entwicklung im Kontext digitalpolitischer Diskurse, in denen der Begriff bereits einige Jahre vor seiner Rezeption im Wissenschaftssystem geprägt wurde. Auch hier geht es um die Aushandlung von Machtverhältnissen in einer globalen Ordnung, die zunehmend durch Datenflüsse und digitale Infrastrukturen strukturiert ist. Zugleich lässt sich eine große konzeptionelle Offenheit des Begriffs beobachten. Im Folgenden werde ich daher zunächst auf wissenschaftliche Literatur zu digitaler Souveränität eingehen, um den Begriff näher zu bestimmen und seinen historischen Entstehungskontext zu skizzieren. Darauf aufbauend schlage ich eine hegemonietheoretische Lesart digitaler Souveränität als leeren Signifikanten vor.

3.1 Das Problem der Regierbarkeit im Kontrollverlust

Der Begriff digitale Souveränität ist, wie Julia Pohle und Thorsten Thiel argumentieren, kein genuin wissenschaftlich entwickelter Begriff, der aus theoretischer Reflexion hervorgegangen und anschließend in politische Strategiepapiere übernommen worden wäre (Pohle & Thiel, 2020). Vielmehr handelt es sich um einen politisch geprägten Begriff, der im Kontext konkreter digitalpolitischer Problemlagen – etwa der Abhängigkeit von großen Technologiekonzernen, Fragen der Datensicherheit oder geopolitischer Konkurrenzverhältnisse – entstanden ist und in politischen Diskursen zirkuliert. Erst im Anschluss wurde er verstärkt in wissenschaftlichen Arbeiten aufgegriffen. Dies zeigt näherungsweise eine Suche in Open Alex nach Veröffentlichungen, die im Titel oder Abstract den Begriff „digital sovereignty“ enthalten. Die Daten für die Jahre 2000 bis 2024 machen deutlich, dass der Begriff etwa zeitgleich mit seiner Konjunktur im politischen Raum auch in wissenschaftlichen Veröffentlichungen vereinzelt aufgegriffen wird, aber erst in Reaktion auf den politischen Diskurs zu digitaler Souveränität verstärkt Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzungen geworden ist (Abbildung 1).

In der Forschung ist digitale Souveränität sowohl Gegenstand als auch analytisches Instrument der Internet-Policy-Forschung, die digitalpolitische Strategien und Programme beschreibt, kontextualisiert und vergleicht, insbesondere im Rahmen einer politikwissenschaftlich orientierten Analyse nationaler und supranationaler Digitalpolitiken.

Vergleichende Analysen zu digitaler Souveränität zeigen, dass der Begriff im globalen politischen Raum genutzt wird, um sehr unterschiedliche Regulierungsweisen des digitalen Raums zu beschreiben. Eine von Fratini et al. (2024) durchgeführte Meta-Analyse von 271 begutachteten Artikeln zeigt, dass in der Literatur vier Modelle von digitaler Souveränität unterschieden werden: (1.) Das rechtbasierte Modell zielt darauf ab, die Grundrechte von Bürger:innen im digitalen Raum durch staatliche Regulierung zu stärken, wie etwa im Falle der Europäischen Datenschutzgrundverordnung. (2.) Das marktorientierte Modell, das oftmals mit den USA in Verbindung gebracht werde, betone wirtschaftliche Freiheit, Wettbewerb und innovationsgetriebenes

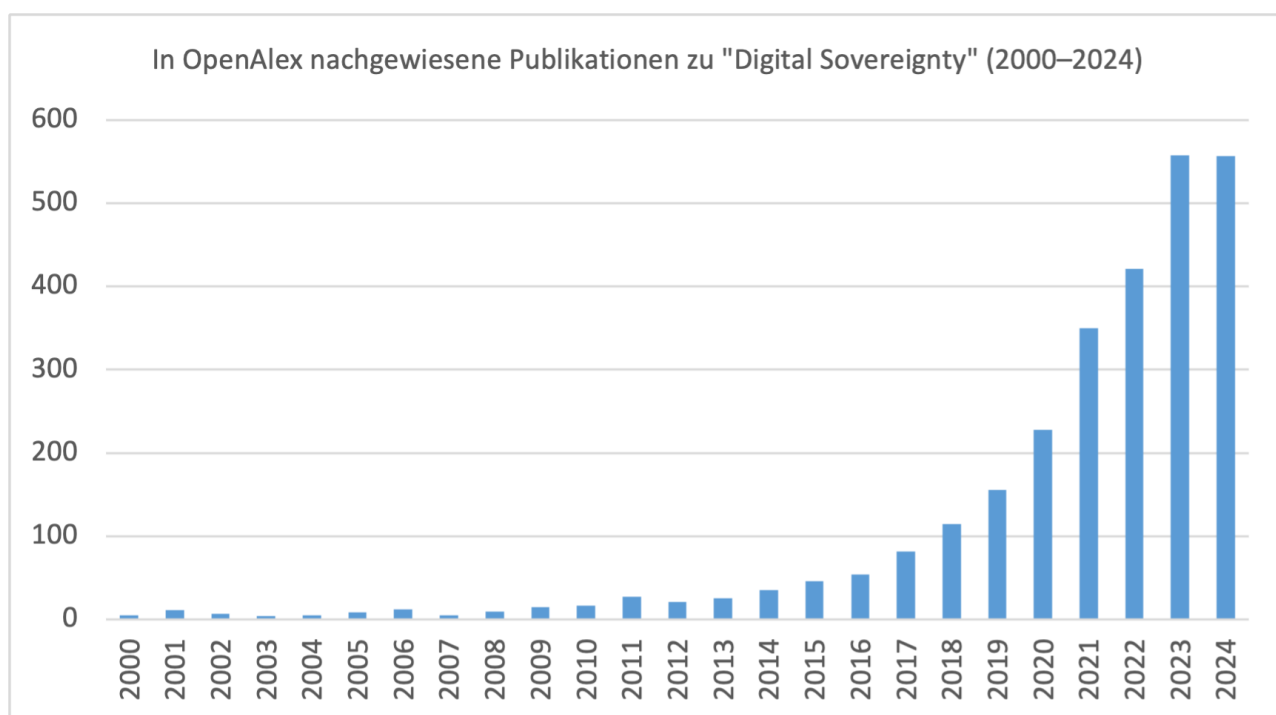


Abbildung 1: In Open Alex nachgewiesene Publikationen zu „Digital Sovereignty“ (2000-2024)

Wachstum. Staatliche Regulierung wird in diesem Modell rhetorisch abgelehnt, zugleich werden jedoch durch wirtschaftsfreundliche Gesetzgebung, öffentliche Investitionen und strategische Industrieförderung gute Bedingungen geschaffen, die sich im internationalen Wettbewerb auszahlen. (3.) Das Zentralisierungsmodell beschreibe einen Wandel hin zu staatlich dominierter Digitalregulierung, bei dem nichtstaatliche Akteure etwa durch die Einrichtung von Regulierungsbehörden und der direkten staatlichen Steuerung digitaler Inhalte und Infrastrukturen weitgehend aus Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden, und könne etwa in Russland, dem Iran und in Bangladesch beobachtet werden. (4.) Das staatenzentrierte Modell schließlich beruhe auf einer engen Verzahnung von Staat und digitalen Unternehmen, mit dem Ziel nationaler Selbstversorgung und technologischer Führerschaft. Idealtypisch für diesen Ansatz sei die Digitalpolitik Chinas (Fratini et al., 2024). Staaten haben, folgt man dieser groben Typologisierung, unterschiedliche Strategien entwickelt, den digitalen Raum zu regulieren und im Sinne innen- und geopolitischer Interessen zu formen.

Untersucht man einzelne Staaten oder Staatenverbunde genauer, zeigt sich, dass auch innerhalb eines Modells verschiedene Zielsetzungen digitaler Souveränität ineinandergreifen. So argumentieren Pohle & Thiel (2020) für Deutschland und Europa, die dem rechtbasierten Modell zugeordnet werden können, dass staatliche Maßnahmen zur Stärkung digitaler Souveränität auf die Sicherheit nationaler Infrastrukturen, auf ökonomische Unabhängigkeit und Wettbewerbsfähigkeit und auf die Selbstbestimmung und Autonomie von Nutzer:innen ausgerichtet sein können. Die digitale Souveränität von Individuen sei ein wichtiges Element des europäischen Diskurses, das dazu diene, sich „nach außen über dieses Subjekt von autoritären Vorstellungen

digitaler Souveränität abzugrenzen“ (Pohle et al., 2023, S. 16). Zugleich werde so die Bevölkerung in ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl adressiert. „Das digital-souveräne, aufgeklärte Subjekt [...] soll damit auch digitale Souveränität auf der staatlichen und wirtschaftlichen Ebene ermöglichen.“ (ebd.). Dabei kommt es regelmäßig zu Zielkonflikten, etwa wenn Sicherheitsbehörden und Geheimdienste Zugang zu Nutzungsdaten erhalten. Dass sicherheitspolitische Interessen auch in der EU eine zentrale Rolle in der Digitalpolitik spielen, zeigt die sich schon über 20 Jahre erstreckende Debatte um die Vorratsdatenspeicherung (Landerer, 2024).

Diese unterschiedlichen Zielsetzungen werden in konkreten Regulierungsvorhaben, vor allem aber auch diskursiv zu einer spezifischen staatlichen bzw. suprastaatlichen Vision digitaler Souveränität verknüpft: Der Diskurs der Digitalpolitik der EU stellt individuelle Rechte bei der Regulierung des Datenschutzes, digitaler Dienste und künstlicher Intelligenz in den Mittelpunkt und zielt damit auf eine Standardsetzung ab, durch die Märkte geschaffen und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Anbieter gestärkt werden (Mügge, 2024).

Aus zeithistorischer Perspektive lässt sich digitale Souveränität als Reaktion auf den digitalpolitischen Befund des Kontrollverlustes (Seemann, 2014) verstehen, mit dem sich Staaten zu Beginn der 2010er Jahre auf unterschiedliche Weise konfrontiert sahen (Pohle & Thiel, 2020). In der Bundesrepublik gab es zu diesem Zeitpunkt bereits seit mehreren Jahren einen intensiv geführt politischen Konflikt um die Regulierung des Internets, der anhand von Themen wie der Vorratsdatenspeicherung, File-Sharing, Internetzensur und Netzneutralität ausgefochten wurde. Die Netzpolitik – heute spricht man von Digitalpolitik – hat sich in diesem Kontext als eigenes Politikfeld herausgebildet (Haunss & Hofmann, 2015). Auf zivilgesellschaftlicher Seite ging es der Netzbewegung darum, das „freie Internet“ primär gegenüber staatlichen Eingriffen zu schützen.² Inspiriert durch cyberlibertäre Bilder eines unabhängigen Cyberspace (Barlow, 1996), die jedoch in den Debatten der Netzbewegung vielfach aktualisiert und neu ausgehandelt wurden, wurde das freie Internet zu einer progressiven Kraft erkoren, die es zu bewahren gilt. Der Diskurs der Netzbewegung war zu diesem Zeitpunkt geprägt von einer ablehnenden Haltung gegenüber staatlicher Regulierung, die als freiheitseinschränkend und damit der Idee des Internets fremd empfunden wurde. Darin kam auch ein generationaler Konflikt einer jungen, digitalen Generation zum Ausdruck, die von sich glaubte, das Internet gegen die kenntnisfreien „Internetausdrucker“ in der Politik verteidigen zu müssen (Ganz, 2017).

Der Diskurs um digitale Freiheit und staatliche Regulierung erfuhr mit den Snowden-Enthüllungen im Jahr 2013 eine tiefgreifende Verschiebung. Erstmals wurde in aller Deutlichkeit sichtbar, in welchem Ausmaß digitale Kommunikationsinfrastrukturen zur flächendeckenden Überwachung genutzt wurden – nicht nur durch autoritäre Staaten, sondern auch durch demokratische Verbündete. Dass Geheimdienste wie die US-amerikanische National Security Agency auch auf Daten der großen Internetkonzerne wie Google zugreifen, unterstrich zudem, dass es durchaus relevant ist, unter welcher Jurisdiktion

² Die hier dargelegten Überlegungen gehen zurück auf meine Dissertation zum politischen Diskurs der Netzbewegung (Ganz, 2017).

Daten gespeichert werden. Dass die großen Internetkonzerne, die damaligen „big five“ Google (heute: Alphabet), Facebook (heute: Meta), Apple, Amazon und Microsoft, eine auch aus marktwirtschaftlicher Sicht problematische, weil marktbeherrschende Stellung einnehmen, geriet zu dieser Zeit zunehmend ins Zentrum der Aufmerksamkeit (Dolata, 2015) und ist ein weiterer Befund, auf den die Debatte um digitale Souveränität in Europa reagiert. Schließlich geriet auch die Annahme ins Wanken, dass Multistakeholder-Formate, die bis dahin die Internet-Governance prägten, geeignet sind, das Internet als dezentrales Netzwerk zu regulieren (Pohle & Thiel, 2020)³. Vor diesem Hintergrund ergab sich die Notwendigkeit einer neuen digitalpolitischen Strategie, die aus Sicht entscheidender politischer Akteur:innen in der Rezentrierung des (National-)Staates als politischem Akteur der Governance digitaler Infrastrukturen und Technologien besteht (Pohle & Thiel, 2020). Digitale Souveränität ist damit für das Feld der Digitalpolitik eine konzeptionell neue Antwort auf die entscheidende Machtfrage nach der Kontrolle und Regierung digitaler Daten und Infrastrukturen.

3.2 Digitale Souveränität als leerer Signifikant

Welchen Sinn hat es, politisch mit einem Begriff wie „digitale Souveränität“ zu operieren – einem Begriff, der zahlreiche Bedeutungsebenen umfasst, von unterschiedlichen Akteur:innen verschieden gefüllt wird und damit letztlich alles und nichts bedeuten kann? Antworten auf diese Frage bietet die postfundamentalistische politische Diskurstheorie, wie sie von Laclau & Mouffe (1985) in Anschluss an Antonio Gramsci und im Kontext der Auseinandersetzung mit den Neuen Sozialen Bewegungen (1985) entwickelt wurde und mit der sich untersuchen lässt, wie politische Bedeutungen im Diskurs kontinuierlich hergestellt, verschoben und neu verknüpft werden, um so Ansprüche auf Vorherrschaft zu begründen.

In der hegemonietheoretischen Diskurstheorie beschreibt Hegemonie den Modus des politischen Diskurses, der liberal-demokratisch verfasste Gesellschaften prägt (Wullweber, 2012). In diesem Modus werden Zustimmung zu Herrschaft organisiert, indem hegemoniale Projekte um die diskursive Ordnung ringen. Hegemoniale Projekte können sich dabei auf die gesamte Gesellschaft beziehen, aber auch innerhalb gesellschaftlicher Subsysteme entstehen. Zudem lässt sich auf einer zweiten Ebene beobachten, wie innerhalb bereits bestehender hegemonialer Formationen um Deutungshoheit gerungen wird (Nonhoff, 2006, S. 204ff). Diskursive Ordnungen entstehen nicht jenseits von Macht, sondern sind – im Sinne Foucaults – von Macht durchzogen und zugleich produktiv. Eine diskursive Ordnung ist dabei als ein Gefüge von Differenzen zu verstehen: Elemente mit unterschiedlicher Bedeutung werden zu einem Bedeutungsgeflecht verknüpft, indem ihre Relation artikuliert wird. Sogenannte Äquivalenzketten verbinden die Elemente miteinander und grenzen den diskursiven Raum von seinem Außen ab. Hegemonie als diskursive Logik bedeutet, dass sich in diesem Raum zwei zentrale Bewegungen vollziehen:

³ Multistakeholder-Governance bezeichnet ein Modell, bei dem staatlichen Akteure, Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Technikexpert:innen Entscheidung über die Entwicklung und Regulierung des Internets gemeinsam aushandeln. Bekannte Formate sind das Internet Governance Forum oder die Organisation ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers), die für die Organisation von Domain-Namen und IP-Adressen zuständig ist.

Erstens entsteht ein leerer Signifikant – ein sprachliches Element, das beginnt, die Bedeutung der Äquivalenzkette zu repräsentieren, sich dabei aber seiner konkreten Bedeutung entleert. In diesem Prozess wird eine partikuläre Forderung verallgemeinert, um das universell Gute und Richtige zu repräsentieren. „*The universal is an empty place, a void which can be filled only by the particular, but which, through its very emptiness, produces a series of crucial effects in the structuration/destructuration of social relations*“ (Laclau, 2000, S. 58). Zweitens formuliert ein hegemoniales Projekt stets auch einen Antagonismus – ein Gegenüber, das als Hindernis für die Verwirklichung des Guten und Richtigen markiert wird. Diskursive Ordnungen sind niemals statisch, denn es gelingt ihnen nie, Bedeutung in einem Meer von kontingenten Differenzen vollständig zu fixieren. Es kommt immer wieder zu sogenannten Dislokationen, durch die Äquivalenzketten brüchig werden, so dass die Beziehung zwischen Elementen re-artikuliert werden muss. Dadurch verändert sich die diskursive Ordnung.

Die oben skizzierten Entwicklungen, die die Debatten um die Digitalisierung in den letzten Jahren prägten, lassen sich in diesem Sinne als Auseinandersetzung um die diskursive Ordnung des Digitalen begreifen. Digitale Souveränität ist dabei, so meine These, Ausdruck eines staatlichen Hegemonieprojektes um die diskursive Ordnung der Digitalpolitik. Mit der digitalen Souveränität artikulieren zunächst staatliche Akteur:innen einen Hoheitsanspruch bezüglich der politischen Gestaltung des Internets. Entgegen der von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen vormals vertretenen Idee eines „freien Internet“, das insbesondere gegen ungerechtfertigte staatliche Eingriffe in Form von Überwachung und Zensur verteidigt werden müsse, zielt dieses Projekt darauf ab, staatliche Handlungsspielräume auszunutzen und auszuweiten. Versprochen wird: Der Staat ermöglicht einen digitalen Kommunikationsraum, in dem bürgerliche Grundrechte geschützt werden und sich die inländische respektive europäische Wirtschaft wertegeleitet entfalten kann. Das antagonistische Gegenüber dieses Diskurses sind auf der einen Seite übermächtige Digitalkonzerne und auf der anderen Seite autoritäre Regulierungsweisen des Internets, die in bürgerliche Freiheiten eindringen.

Die Äquivalenzketten, die sich im Diskurs der „digitalen Souveränität“ bilden, unterscheiden sich damit von denjenigen, die die Netzbewegung zu ihrer Hochzeit vor rund fünfzehn Jahren rund um das „freie Internet“ artikuliert hat. Im politischen Diskurs der Netzbewegung verlief ein Antagonismus zwischen einem „freien Internet“, das bewahrt werden müsse, damit digitale Technologien ihre positiven gesellschaftlichen Potenziale entfalten können, und der „Regulierung und Kontrolle“ des Internets (ausführlich Ganz, 2017). Die Snowden-Enthüllungen waren für diesen Diskurs eine nachhaltige Dislokation. In der neuen diskursiven Ordnung der „digitalen Souveränität“ sind es dagegen gerade Formen staatlicher Regulierung und Kontrolle, die Freiheit, Fortschritt und Wohlstand ermöglichen sollen. Die Regulierung von Digitalkonzernen durch eine starke europäische Datenschutzgesetzgebung und Gesetze wie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und der Digital Services Act, die unter anderem den Schutz vor Hassrede auf Internetplattformen stärken sollen, sollen dazu dienen, bürgerliche Freiheitsrechte im Internet zu schützen. Sogar die Forderung nach Zugangssperren ist mittlerweile wieder politisch artikulierbar, wie die Debatte über Social-Media-Verbote für Kinder und Jugendliche zeigt.

Als staatliches Hegemonieprojekt integriert digitale Souveränität sowohl die europäische Wirtschaft als auch Konzepte wie Open Source (etwa mit Projekten wie der Sovereign Tech Agency) und individuelle Datensouveränität mitsamt der Interpellation eines mündigen, digital souveränen Subjektes (Pohle et al., 2023). Ein bemerkenswerter Unterschied zwischen dem Diskurs des „freien Internets“ und der „digitalen Souveränität“ besteht schließlich darin, dass staatliche Überwachung in der Debatte um digitale Souveränität weitestgehend ausgeblendet wird.⁴

In diesem Abschnitt habe ich gezeigt, wie sich digitale Souveränität als hegemoniales Projekt im digitalpolitischen Diskurs formiert. Im nächsten Schritt richtet sich der Blick nun wieder auf die Debatte um Publikationsinfrastrukturen im Wissenschaftssystem, wo sich – so meine Beobachtung – erste Konturen eines neuen Spannungsverhältnisses zwischen staatlicher Steuerung und wissenschaftlicher Autonomie abzeichnen.

4 Logiken der Steuerung von Publikationsinfrastrukturen

Im Anschluss an die Analyse digitaler Souveränität als hegemoniales Projekt im digitalpolitischen Diskurs richte ich den Fokus nun auf die Steuerung wissenschaftlicher Publikationsinfrastrukturen. Mich interessiert, welche Dynamiken entstehen, wenn sie, wie in Abschnitt 2.2 beschrieben, aus dem Status marginaler Alternativen heraustreten und durch ihre zunehmende Sichtbarkeit in den Fokus institutioneller und politischer Gestaltung geraten. Aus hegemonietheoretischer Perspektive beschäftigt mich dabei, wie digitale Souveränität im wissenschaftlichen Feld diskursiv konstruiert wird. Welche Artikulationen setzen sich durch, welche Brüche und Verschiebungen werden dabei sichtbar werden und welche sozialen Kräfte sind in diesen Auseinandersetzungen wirksam? Ich formuliere im Folgenden keine empirischen Befunde, sondern systematisiere erste Überlegungen auf der Grundlage feldbezogener Beobachtungen zu den Dimensionen institutioneller Governance und staatliche Steuerung.

4.1 Institutionelle Governance

Auf institutioneller Ebene sind eine Vielzahl von Akteur:innen an der Entwicklung, Ausgestaltung und Finanzierung von wissenschaftsgeleiteten Publikationsinfrastrukturen beteiligt: Fachbereiche, Hochschulen und Forschungsinstitute, Bibliotheken, kooperative Zusammenschlüsse in projektförmiger oder dauerhafter Form, außeruniversitäre Forschungsorganisationen, Akteure:innen der wissenschaftlichen Selbststeuerung wie Fachgesellschaften oder der Wissenschaftsrat und schließlich auch Einrichtungen der Forschungsförderung prägen das Feld mit. Es ist ein komplexes System von Akteur:innen, die Werte wie Offenheit, Chancengleichheit und wissenschaftliche Integrität teilen. Dennoch haben sie jeweils eigene institutionelle Logiken, die in der Praxis durchaus auch im Widerspruch zu diesen Werten stehen können.

4 Ein Beispiel dafür ist die europäische KI-Verordnung, in der es zahlreiche Ausnahmeregelungen für Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden gibt, etwa zur biometrischen Fernüberwachung. Organisationen wie Algorithm Watch weisen zwar darauf hin, dass bürgerliche Freiheitsrechte nach wie vor auch durch staatliche Überwachung gefährdet sind (Sombetzki, 2024), doch die diskursive Ordnung rund um das Digitale hat sich in den letzten Jahren in Richtung einer stärkeren Stellung des Staates verändert.

Innerhalb des Wissenschaftssystems sind Ressourcen und Entscheidungsmacht ungleich verteilt. Das gilt sowohl für das vertikale Verhältnis zwischen beispielsweise einer einzelnen Einrichtung und der Hochschulleitung als auch in horizontaler Hinsicht mit starken Disziplinen und großen Forschungsverbünden, die gegenüber kleinen marginalisierten Forschungsbereichen im Vorteil sind. Es wäre falsch zu sagen, dass etablierte Disziplinen grundsätzlich immer bessere Ausgangsbedingungen für die Gestaltung von Open-Access-Publikationsinfrastrukturen haben. Schließlich haben hier auch außerwissenschaftliche und kommerzielle Interessen einen ungleich größeren Einfluss. Entscheidet man sich jedoch für wissenschaftsgeleitete Publikationsinfrastrukturen, ist dies in einem ressourcenstarken Feld mit etablierten Kooperationsstrukturen sicher besser umsetzbar als in einem Feld, das lediglich über die Ressourcen für die Erbringung von grundlegenden Aufgaben verfügt.

Ein weiterer Aspekt institutioneller Eigenlogik ist die zunehmende Technokratisierung innerhalb wissenschaftlicher Institutionen. Öffentliche Institutionen orientieren sich in Bezug auf Infrastrukturen an Zielen wie Effizienz, Skalierbarkeit und Standardisierung, die darauf abzielen, sowohl Ressourcen zu schonen, als auch etablierte Verfahren zu sichern. Es besteht aber auch die Gefahr, dass die Ausgestaltung von Publikationsinfrastrukturen dadurch auf risikoarme und günstige Lösungen verengt wird. Ein Beispiel dafür sind Fachrepositorien, die sich oftmals auf die Zweitpublikation bereits erschienener, qualitätsgesicherter Publikationen beschränken. Das hat Vorteile, weil es die Betreiber:innen der Infrastruktur von der inhaltlichen Bewertung wissenschaftlicher Passfähigkeit und Qualität entlastet. Es beschränkt aber den Nutzen der Infrastruktur, da Repositorien mit einem solchen Auftrag nicht die Funktion einnehmen können, die schnelle, kostengünstige Publikation von Forschungsergebnissen zu realisieren, wie es etwa von der cOAlition S als Publish-Review-Curate-Modell diskutiert wird (Stern et al., 2023).

Zu bedenken ist schließlich, dass wissenschaftliche Organisationen häufig nicht im Sinne einer kohärenten Zielverfolgung handeln können. Sie treffen Entscheidungen nicht nur, um ihre institutionellen Ziele effizient umzusetzen, sondern auch, um ihre Legitimität gegenüber externen Akteur:innen (z. B. Politik, Öffentlichkeit) zu behaupten (Suchman, 1995). Diesbezüglich lässt sich etwa fragen, ob und unter welchen Bedingungen Betreiber:innen wissenschaftsgeleiteter Publikationsinfrastrukturen bereit sind, inhaltliche Entscheidungen auch dann zu tragen, wenn diese gesellschaftlich hochbrisante Themen berühren, oder ob stattdessen das übergeordnete Ziel des Schutzes organisationaler Reputation zur faktischen Einschränkung wissenschaftlicher Ausdrucksformen führen könnte.

Deutlich wird, dass auch innerhalb der Wissenschaft Steuerungsmechanismen wirksam sind, die Autonomie untergraben können. Eine kritische Auseinandersetzung mit institutioneller Governance ist daher unverzichtbar, um demokratische und gerechte Formen digitaler Infrastrukturgestaltung zu ermöglichen.

4.2 Staatliche Steuerung

Auch wenn institutionelle Formen der wissenschaftlichen Selbststeuerung das deutsche Wissenschaftssystem prägen, spielt der Staat bei der Finanzierung

und rechtlichen Rahmung wissenschaftlicher Infrastrukturen eine wichtige Rolle. Unabhängig, ob wir über die Landesebene der Hochschulfinanzierung, den Bund oder die europäische Forschungsförderung sprechen, ist staatliches Handeln stets eingebettet in politische, ökonomische und ideologische Kontexte, die Auswirkungen auf das Wissenschaftssystem haben.

In vielen europäischen Kontexten hat eine Politik der Haushaltskonsolidierung zur chronischen Unterfinanzierung von Hochschulen und wissenschaftsnahen Infrastrukturen geführt. Zwar werden punktuell neue Programme aufgelegt, jedoch bleiben gemeinwohlorientierte, nichtkommerzielle Modelle oftmals strukturell prekär. Noch sind wir nicht an dem Punkt, an dem der Betrieb von Publikationsinfrastrukturen samt der redaktionellen Arbeit, die nötig ist, um Publikationen umzusetzen, ausreichend finanziert wird. Vielmehr sind viele Projekte von *in-kind contributions*, Ehrenamt bzw. unbezahlter Mehrarbeit und projektbezogener Förderung abhängig (Taubert et al., 2024). Darüber hinaus ist ein Teil der Forschungsförderung thematisch gebunden, etwa an Zukunftsfelder wie künstliche Intelligenz. Diese Schwerpunktsetzungen binden erhebliche Mittel und können andere Bereiche faktisch marginalisieren. Auch Programme wie die Exzellenzstrategie erzeugen eine starke temporäre Dynamik, die sich negativ auf die Nachhaltigkeit wissenschaftsgeleiteter Publikationen und in Teilen auch Publikationsinfrastrukturen auswirken kann.

Zunehmend geraten auch Inhalte und Organisationsformen der Wissenschaft unter gesellschaftlichen und politischen Druck. Dies betrifft bestimmte Wissenschaftsfelder wie die Geschlechterforschung und die Klimaforschung, aber zunehmend auch die Wissenschaft als Ganzes. In Staaten auf dem Weg zum Autoritarismus wird deutlich, wie schnell staatliche Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit über institutionelle Reformen oder Budgetkürzungen wirksam werden können. Eine besonders rasante Entwicklung lässt sich derzeit in den USA beobachten, wo die Trump-Administration seit Anfang des Jahres 2025 bereits zahlreiche Schritte unternommen hat, die die Wissenschaftsfreiheit aktiv einschränken. Besonders stark betroffen sind die National Science Agency und das National Institute of Health (NIH), die der direkten Kontrolle der Administration unterliegen. Mit Blick auf Informationsinfrastrukturen kann stellenweise von einer radikalen Demontage gesprochen werden. So wurde eine Vielzahl von Forschungsdaten und Publikationen vor allem staatlicher Forschungsreinrichtungen depubliziert, darunter relevante Forschungsdatensätze aus der Klimaforschung. Der Kulturkampf gegen Maßnahmen, die Diversität, Gleichstellung und Inklusion fördern, hat dazu geführt, dass Forschungsprojekte überprüft werden, sobald Projektanträge Begriffe wie „women“ oder „of color“ beinhalten.

In einem Podcast formulierte der US-Gesundheitsminister Robert F. Kennedy Jr. jüngst das Vorhaben, dass NIH-Forschungsergebnisse zukünftig nicht mehr in großen Wissenschaftsjournalen veröffentlicht werden, da diese von der Pharmaindustrie korrumpiert seien: „*We are going to create our own journals in-house in each of the institutes [...] because if you get NIH funding it is anointing you as a good, legitimate scientist.*“ (The Ultimate Human Podcast, o. J.). Kennedy argumentiert dabei mit Begriffen aus dem Open-Science-Diskurs und kündigt an, dass Peer Reviews veröffentlicht und Replikationsstudien gefördert werden sollen. Diese Überlegungen finden sich auch in Trumps Executive Order

„Restoring Gold Standard Science“ Mervis (2025). Es mag überraschen, dass eine solche Initiative von einer rechtsautoritären Regierung kommt, da hier vordergründig der Eindruck erweckt wird, es gehe um die Förderung qualitativ hochwertiger, transparenter Wissenschaft. Tatsächlich werden aber Standards auf einem Niveau festgelegt, das für viele Forschungsprojekte faktisch nicht erreichbar ist. Dies begünstigt politische Einflussnahme. Diese Entwicklungen zeigen auf drastische Weise, dass eine digital souveräne wissenschaftliche Publikationsinfrastruktur, wenn sie in den falschen staatlichen Händen liegt, Gefahren für die Wissenschaftsfreiheit mit sich bringen kann. Auch in demokratischen Kontexten sollte die politische Einflussnahme daher kritisch reflektiert werden. Gerade vor dem Hintergrund, dass wir global vielfach Fälle von „democratic backsliding“ (Haggard & Kaufman, 2021) beobachten können, muss dies beunruhigen. Wir dürfen uns gegenwärtig keineswegs sicher sein, dass Demokratie und Wissenschaftsfreiheit so stabil sind, wie wir sie uns wünschen.

5 Fazit: Souveräne Wissenschaft in Zeiten demokratischer Erosion

Ziel dieses Beitrags war es, das Spannungsverhältnis zwischen wissenschaftlicher Autonomie und staatlicher Steuerung im Bereich digitaler Publikationsinfrastrukturen herauszuarbeiten. Ein solches ergibt sich, wenn Publikationsinfrastrukturen im Sinne der digitalen Souveränität vermehrt in öffentlicher Hand betrieben werden. Dabei ging es darum, eine Grundlage für die weitere Diskussion darüber zu schaffen, wie solche Infrastrukturen gestaltet werden können, ohne zentrale Prinzipien wissenschaftlicher Selbstbestimmung zu unterlaufen.

Die Debatte um digitale Souveränität in der Wissenschaft darf nicht als eine rein technokratische oder verwaltungsbezogene Frage verstanden werden. Sie ist Teil gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um Macht und Deutungshoheit. Die Wissenschaft erscheint darin als ein zunehmend politisiertes Feld, wodurch sie anfällig wird für politische Zugriffsphantasien, die über das bisher akzeptierte Maß staatlicher Steuerung hinausgehen. Es ist wichtig zu erkennen, dass digitale Souveränität kein klar umrissener Begriff ist, sondern dass unterschiedliche Interessen und Vorstellungen verhandelt werden müssen, wenn es um die Ausgestaltung digitaler Infrastrukturen geht. Wissenschaftsgeleitete, gemeinwohlorientierte Infrastrukturen sind eingebettet in institutionelle Logiken, stehen unter politischem Druck und sind auf Ressourcen angewiesen, die nicht neutral verteilt sind. Gerade angesichts demokratischer Erosionsprozesse, wie sie Stephan Haggard und Robert Kaufman (2021) beschreiben, ist es zudem wichtig, die Rolle des Staates nicht unkritisch zu idealisieren.

Es ist nicht so, dass Fragen nach Governance, Ownership oder institutioneller Einbettung bislang unbeachtet geblieben wären. Im Gegenteil: Sie schlagen sich in Begriffsdebatten nieder, etwa rund um Diamond Open Access (Dellmann et al., 2022), scholar-led (Steiner, 2022) und community-driven (Moore, 2019; Wrzesinski, 2023). Tobias Steiner hat zu Recht darauf hingewiesen, dass kleine, unabhängige Initiativen anderen Logiken folgen als Publikationsinfra-

strukturen großer, formalisierter wissenschaftsgeleiteter Organisationen wie etwa Fachgesellschaften (Steiner, 2022). Doch genau diese Unterscheidung lässt sich in der Praxis spätestens dann, wenn solche Modelle aus der Nische herauswachsen und öffentlich finanziert oder politisch relevant werden, kaum trennscharf aufrechterhalten. Kooperationen – etwa zwischen im engeren Sinne scholar-led Publikationsprojekten (z.B. einem Journal) auf der einen und institutionell getragenen Publikationsinfrastrukturen (z.B. ein Universitätsverlag, der Zeitschriften hostet) auf der anderen Seite –, institutionelle Anbindung von Publikationsprojekten und Förderprogramme führen zu hybriden Strukturen, die sich keiner klaren Definition unterordnen lassen. Es geht daher nicht nur um Definitionen und Eigentumsverhältnisse, sondern um die strukturelle Verfasstheit wissenschaftlicher Öffentlichkeit. Dazu müssen Modi der Aushandlung entwickelt werden, die es ermöglichen, Entscheidungen gemeinsam zu entwickeln und dabei ungleiche Machtverteilung mitzudenken. Das hier entwickelte Argument versteht sich nicht als Verteidigung eines Modells, das Publikationsinfrastrukturen als Aufgabe des freien Marktes sieht, denn die Nachteile dieses Modells sind hinlänglich bekannt. Es richtet sich vielmehr gegen eine unreflektierte Fortschreibung bestehender Machtasymmetrien im Namen der Wissenschaft. Aus einer radikaldemokratischen Perspektive ginge es vielmehr darum, die Konflikte, die das Feld strukturieren, sichtbar zu machen und institutionelle Räume zu fördern, in denen streitbare Aushandlungsprozesse auch zu Grundsatzfragen wie Gemeinwohl und globale epistemische Gerechtigkeit möglich sind (Oliveira et al., 2025).

Wer digitale Souveränität ernst nimmt, muss sich mit den politischen, ökonomischen und institutionellen Bedingungen auseinandersetzen, unter denen wissenschaftliches Publizieren heute stattfindet. Eine kritische Perspektive auf Governance, Partizipation und Kontrolle ist dabei unverzichtbar. Nur so kann das Konzept digitale Souveränität dazu beitragen, gerechtere und inklusivere Formen wissenschaftlicher Kommunikation zu ermöglichen.

Ob digitale Souveränität schlussendlich der richtige Begriff ist, um diese Auseinandersetzungen zu führen, bleibt offen. Fiebig et al. erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass Universitäten zwar staatliche Organisationen, aber keine Nationalstaaten sind (Fiebig et al., 2022, S. 53). Der Begriff Souveränität ist historisch stark mit staatlicher Machtdurchsetzung und Zentralisierung verbunden (Pohle et al., 2023). Andere schlagen vor, ihn neu zu besetzen und den Fokus auf die Bedingungen zu verschieben, unter denen digitale Souveränität demokratisch ausgeübt werden kann (Rikap et al., 2024). Für die Wissenschaft hieße das unter anderem zu fragen, wer unter den gegenwärtigen Bedingungen des Wissenschaftsbetriebs überhaupt die Zeit und die Ressourcen hat, digital souverän zu handeln. Studien zeigen, dass Wissenschaftler:innen in ihrem Arbeitsalltag stark belastet sind, was unter anderem dazu führt, dass sie Qualitätseinbußen bei der Forschung und der Publikation von Ergebnissen in Kauf nehmen (Ambrasat et al., 2024). Wenn Wissenschaftler:innen eine noch aktivere Rolle bei der Gestaltung digitaler Publikationsinfrastrukturen spielen sollen, muss dies immer auch unter dem Gesichtspunkt der Ermöglichung guter Arbeit in der Wissenschaft diskutiert werden (siehe z.B. zur Rolle wissenschaftlicher Redaktionen Ganz et al., 2024).

Referenzen

- Alexander von Humboldt Foundation, German Academic Exchange Service, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Fraunhofer Society, Helmholtz Association of German Research Centres, German Rectors' Conference, Leibniz Association, German National Academy of Sciences Leopoldina, Max Planck Society, & German Science and Humanities Council. (2025). *Strategie der Allianz für die Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Publikationswesens 2026–2030*. <https://doi.org/10.5281/ZENODO.15853225>
- Ambrasat, J., Lüdtke, D., & Yankova, Y. (2024). *Research Cultures and Research Quality in the Berlin Research Area: Berlin Science Survey wave 2024*. Humboldt-Universität zu Berlin. <https://doi.org/10.18452/31165>
- Arbeitsgemeinschaft Universitätsverlage. (2018). *Sieben Positionen zu institutionellen Publikationsinfrastrukturen und Universitätsverlagen*. Zenodo. <https://doi.org/10.5281/ZENODO.2560004>
- Ausschuss für Wissenschaftliche Bibliotheken und Informationssysteme. (2021). *Datentracking in der Wissenschaft: Aggregation und Verwendung bzw. Verkauf von Nutzungsdaten durch Wissenschaftsverlage. Ein Informationspapier des Ausschusses für Wissenschaftliche Bibliotheken und Informationssysteme der Deutschen Forschungsgemeinschaft*. Zenodo. <https://doi.org/10.5281/ZENODO.5900759>
- Barlow, J. P. (1996). *A Declaration of the Independence of Cyberspace*. Electronic Frontier Foundation. <https://www.eff.org/cyberspace-independence>
- Berndt, C. (2025). Kennedy will Publikationen in angesehenen Medizinjournalen untersagen. *Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/wissen/us-regierung-kennedy-publikationen-medizinjournalen-wissenschaftsfreiheit-li.3261064>
- Bertelmann, R., Ferguson, L. M., Meistring, M., Köhler, M., Lotz, J., Mittermaier, B., Nüchter, M., Schmahl, I., Schmidt, B., Tobias, R., & Uerlichs, A. (2024). *Wissenschaftliches Publizieren bei Helmholtz: Status Quo, Szenarien für Scholar-led Publizieren – ein Diskussionspapier* (S. 485 KB). Helmholtz Open Science Office. <https://doi.org/10.48440/OS.HELMHOLTZ.073>
- Bundesregierung. (2022). *Digitalstrategie der Bundesregierung*. https://www.bmv.de/SharedDocs/DE/Anlage/K/presse/063-digitalstrategie.pdf?__blob=publicationFile
- Council of the EU. (2023). *Council conclusions on High-quality, transparent, open, trustworthy and equitable scholarly publishing*. <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9616-2023-INIT/en/pdf>
- Dellmann, S., Van Edig, X., Rücknagel, J., & Schmeja, S. (2022). Facetten eines Missverständnisses. *o-bib. Das offene Bibliotheksjournal / Herausgeber VDB*, 1–12 Seiten. <https://doi.org/10.5282/O-BIB/5849>
- Deutsche Forschungsgemeinschaft. (2025). *Digitale Forschungspraxis und kooperative Informationsinfrastrukturen. Ein Diskussionspapier der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zu Förderung und Finanzierung wissenschaftlicher Informationsinfrastrukturen*. <https://www.dfg.de/resource/blob/350170/eeda5451732ae60f080d9eea50e333e6/lis-diskussionspapier-informationsinfrastrukturen-data.pdf>

- DINI eV. (2024). *Thesen 2024 Wissenschaftliche Informationsinfrastrukturen der Zukunft*. Humboldt-Universität zu Berlin. <https://doi.org/10.18452/29260>
- Dolata, U. (2015). Volatile Monopole. Konzentration, Konkurrenz und Innovationsstrategien der Internetkonzerne. *Berliner Journal für Soziologie*, 24(4), 505–529. <https://doi.org/10.1007/s11609-014-0261-8>
- European Commission. (2020). *A Europe fit for the digital age – European Commission*. https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age_en
- European University Association. (2025). *Reclaiming academic ownership of the scholarly communication system. Challenges and opportunities for universities*. https://www.eua.eu/images/publications/Publication_PDFs/Scholarly_communication_briefing.pdf
- Executive Order 14303. (o. J.). *Restoring Gold Standard Science*. Abgerufen 10. Juni 2025, von <https://www.federalregister.gov/documents/2025/05/29/2025-09802/restoring-gold-standard-science>
- Fiebig, T., Gürses, S., & Lindorfer, M. (2022). Position Paper: Escaping Academic Cloudification to Preserve Academic Freedom. *Privacy Studies Journal*, 49–66. <https://doi.org/10.7146/psj.vi.132713>
- Fratini, S., Hine, E., Novelli, C., Roberts, H., & Floridi, L. (2024). Digital Sovereignty: A Descriptive Analysis and a Critical Evaluation of Existing Models. *Digital Society*, 3(3), 59. <https://doi.org/10.1007/s44206-024-00146-7>
- Ganz, K. (2017). *Die Netzbewegung*. Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/84742139>
- Ganz, K., Finger, J., Schotten, S., Steiner, T., & Wrzesinski, M. (2024). *Faires Open Access braucht Redaktionen: Gegen die technokratische Vernachlässigung von Redakteur*innen in der Debatte um Not-for-Profit Open Access*. <https://open-access.network/blog/fares-open-access-braucht-redaktionen-gegen-die-technokratische-vernachlaessigung-von-redakteurinnen-in-der-debatte-um-not-for-profit-open-access>
- Haggard, S., & Kaufman, R. (2021). *Backsliding: Democratic Regress in the Contemporary World* (1. Aufl.). Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781108957809>
- Haunss, S., & Hofmann, J. (2015). Entstehung von Politikfeldern – Bedingungen einer Anomalie. *der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 8(1), 29–49. <https://doi.org/10.3224/dms.v8i1.19109>
- Haustein, S., Schares, E., Alperin, J. P., Hare, M., Butler, L.-A., & Schönfelder, N. (2024). *Estimating global article processing charges paid to six publishers for open access between 2019 and 2023*. arXiv. <https://doi.org/10.48550/ARXIV.2407.16551>
- Herb, U. (2018). Zwangsehen und Bastarde. *Information – Wissenschaft & Praxis*, 69(2), 81–88. <https://doi.org/10.1515/iwp-2018-0021>
- Heredia, A. (2022). A tradition of open, academy-owned, and non-profit research infrastructure in Latin America. *Information Services and Use*, 42(3), 447–452. <https://doi.org/10.3233/ISU-220177>

- Institute for Information Law. (2023). *Information Law and the Digital Transformation of the University. Part I. Digital Sovereignty*. University of Amsterdam. <https://www.ivir.nl/publicaties/download/part-i-digital-sovereignty.pdf>
- Laclau, E. (2000). Identity and Hegemony. The Role of Universality in the Constitution of Political Logics. In *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left* (S. 44–89). Verso.
- Laclau, E., & Mouffe, C. (1985). *Hegemony and socialist strategy: towards a radical democratic politics* (W. Moore, Übers.). Verso.
- Landerer, L. M. (2024). *Die Vorratsdatenspeicherung*. <https://doi.org/10.59704/7b8b442e55807cec>
- Mervis, J. (2025). What does Trump's call for „gold standard science“ really mean? <https://www.science.org/content/article/what-does-trump-s-call-gold-standard-science-really-mean>
- Moore, S. (2019). Open *By* Whom? On the Meaning of ‚Scholar-Led‘. <https://blog.scholarled.org/on-the-meaning-of-scholar-led>
- Mügge, D. (2024). EU AI sovereignty: for whom, to what end, and to whose benefit? *Journal of European Public Policy*, 31(8), 2200–2225. <https://doi.org/10.1080/13501763.2024.2318475>
- Müller, K., Müller, L. K., Klaus, T., Waldmann, T., Varachkina, H., Dreyer, M., & Bargheer, M. (2025). *Der European Diamond Capacity Hub: Die Facetten des Diamanten beginnen zu funkeln*. <https://doi.org/10.57689/DINI-BLOG.20250217>
- Nonhoff, M. (2006). *Politischer Diskurs und Hegemonie: Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«* (1st ed). transcript Verlag.
- Oliveira, T., Marques, F. P. J., Goyanes, M., & Dutta, M. (2025). Structural challenges for the global circulation of knowledge and scientific sovereignty in a multipolar world. *Online Media and Global Communication*, 4(1), 1–13. <https://doi.org/10.1515/omgc-2025-0002>
- Pampel, H., Bargheer, M., Bertelmann, R., Kaden, B., Kindling, M., Schobert, D., & Wrzesinski, M. (2024). Thesen zur Zukunft des wissenschaftsgeleiteten Open-Access-Publizierens – Entwicklung und Diskussion in einem partizipativen Prozess. *Bibliothek Forschung Und Praxis*, 48(2), 322–333. <https://doi.org/10.1515/bfp-2024-0027>
- Pohle, J., & Thiel, T. (2020). Digital sovereignty. *Internet Policy Review*, 9(4). <https://doi.org/10.14763/2020.4.1532>
- Pohle, J., Thüer, L., Dammann, F., & Winkler, J. (2023). Das Subjekt im politischen Diskurs zu „digitaler Souveränität“. In N. Kersting, J. Radtke, & S. Baringhorst (Hrsg.), *Handbuch Digitalisierung und politische Beteiligung* (S. 1–23). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-31480-4_12-1
- Rat für Informationsinfrastrukturen. (2016). *Leistung aus Vielfalt. Empfehlungen zu Strukturen, Prozessen und Finanzierung des Forschungsdatenmanagements in Deutschland*. <https://rfii.de/?p=1998>
- Rikap, C., Durand, C., Paraná, E., Gerbaudo, P., & Marx, P. (2024). *Reclaiming Digital Sovereignty. A roadmap to build a digital stack for people and the planet*. https://www.ucl.ac.uk/bartlett/public-purpose/sites/bartlett_public Purpose/files/reclaiming-digital-sovereignty.pdf

- Seemann, M. (2014). *Das neue Spiel: Strategien für die Welt nach dem digitalen Kontrollverlust*. Orange Press.
- Siems, R. (2022). Lesen der Anderen. o-bib. *Das offene Bibliotheksjournal* / Herausgeber VDB, 1–25. <https://doi.org/10.5282/O-BIB/5797>
- Sombetzki, P. (2024). AI Act: Nachbessern beim Schutz vor Massenüberwachung im öffentlichen Raum. <https://algorithmwatch.org/de/ai-act-nachbessern-schutz-vor-massenuberwachung/>
- Steiner, T. (2022). *Pluralities: Scholar-led publishing und Open Access. Zur Rolle von scholar-led publishing in den Geistes- und Sozialwissenschaften (Teil 1)*. <https://zfmedienwissenschaft.de/online/open-media-studies-blog/pluralities-scholar-led-publishing-und-open-access>.
- Stern, B., Ancion, Z., Björke, A., Farley, A., Qvenild, M., Rieck, K., Sondervan, J., Rooryck, J., Kiley, R., Karatzia, M., & Papp, N. (2023). *Towards Responsible Publishing: Seeking input from the research community to a draft proposal from cOAlition S*. <https://doi.org/10.5281/ZENODO.8398480>
- Suber, P. (2025). *The Trump administrations on open access to research*. https://cyber.harvard.edu/hoap/?title=The_Trump_administrations_on_open_access_to_research&oldid=9844
- Suchman, M. C. (1995). Managing Legitimacy: Strategic and Institutional Approaches. *The Academy of Management Review*, 20(3), 571. <https://doi.org/10.2307/258788>
- Taubert, N., Sterzik, L., & Bruns, A. (2024). Mapping the German Diamond Open Access Journal Landscape. *Minerva*, 62(2), 193–227. <https://doi.org/10.1007/s11024-023-09519-7>
- The Ultimate Human Podcast. (o. J.). *Robert F. Kennedy Jr.: How to Fix America's Health Crisis as HHS Secretary (27.05.2025)*. Abgerufen 7. Oktober 2025, von <https://www.theultimatehuman.com/podcast-episodes/robert-f-kennedy-jr-how-to-fix-americas-health-crisis-as-hhs-secretary>
- Voss, A. (2020). *A manifesto for Europe's digital sovereignty and geo-political competitiveness*. <https://www.axel-voss-europa.de/wp-content/uploads/2020/01/AVoss-Digital-Manifesto-2020-english-1.pdf>
- Wissenschaftsrat. (2023). *Empfehlungen zur Souveränität und Sicherheit der Wissenschaft im digitalen Raum*. 65 pages. <https://doi.org/10.57674/M6PK-DT95>
- Wrzesinski, M. (2023). Reclaiming (Parts of) Scholarly Communication: Resilient Publishing as a Community-Driven Effort. *Weizenbaum Journal of the Digital Society*, 3(2). <https://doi.org/10.34669/WI.WJDS/3.2.5>
- Wullweber, J. (2012). Konturen eines politischen Analyserahmens: Hegemonie, Diskurs und Antagonismus. In I. Dzudzek, C. Kunze, & J. Wullweber (Hrsg.), *Sozialtheorie* (1. Aufl., S. 29–58). transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/transcript.9783839419281.29>
- Zuboff, S. (2019). *The age of surveillance capitalism: the fight for a human future at the new frontier of power*. Profile books.